

Leserbrief Glattaler

Verfasserin	Angelika Murer Mikolasek, Gemeinderat Stadt Dübendorf
Publiziert	19. September 2014
Betrifft	Erweiterung des Alters- und Spitexzentrums Dübendorf

Bananenrepublik Dübendorf zum Zweiten

Letzte Woche schon haben wir kritisiert, dass der Stadtrat in der Abstimmungsbroschüre zum Erweiterungsbau des Alters- und Spitexzentrums ASZ die Minderheitsmeinung des Gemeinderats einfach unter den Teppich kehrt und dem Stimmbürger damit wichtige Informationen gezielt vorenthält. Ein solches Verhalten ist einer Demokratie nicht würdig, sondern eine unfaire Methode, um das Stimmvolk in Richtung des vom Stadtrat gewünschten Abstimmungsergebnisses zu beeinflussen. Die unfairen Methoden brechen leider nicht ab: Nun mussten wir in der letzten Ausgabe des Glattalers einen Leserbrief der Sozialbehörde Dübendorf lesen, in welchem die Sozialbehörde offiziell für die Abstimmungsvorlage wirbt. Eine solche behördliche Einmischung in einen Abstimmungskampf ist an der Grenze des Zulässigen, um nicht zu sagen unlauter.

Auch inhaltlich ist die Stellungnahme mehr als fragwürdig. Sie stellt unsere sachlichen Argumente pauschal als unwahr hin. Allerdings basieren die von uns genannten Zahlen und Fakten ausschliesslich auf denjenigen Informationen, die dem Gemeinderat bzw. der Geschäftsprüfungskommission des Gemeinderats vom Stadtrat zur Verfügung gestellt wurden. Wer, wenn nicht dieses Gremium, sollte denn vollständig und umfassend über das Projekt informiert sein?

Ein typisches Beispiel für die behördliche Desinformation ist die behauptete Anzahl der auswärts betreuten Dübendorferinnen und Dübendorfer. Die genannte Zahl mag zwar stimmen. Ohne die Angabe, wieviele dieser Personen auf eigenen Wunsch, auf Wunsch von Angehörigen oder wegen spezieller Pflegebedürfnisse auswärts untergebracht sind, hat diese Information aber nichts mit der Abstimmungsvorlage zu tun. Denn diese Personen würden auch nach Erstellung des Neubaus nicht nach Dübendorf zurückkehren. Die offiziellen Unterlagen des Stadtrates (Helbling-Studie, Betriebskonzept) führen zu einem wesentlich kleineren Ergänzungsbau mit weniger als 30 Betten. Der geplante ist also massiv zu gross. Faktisch wird das ASZ später gezielt potenzielle Bewohner anwerben müssen, um die Plätze zu besetzen. Damit werden ältere Menschen unnötig in die stationäre Pflege abgeschoben, welche mit Spitex und niederschweligen Angeboten selbständiger und erst noch kostengünstiger leben könnten. Dies ist weder im Interesse der älteren Generation, welche so lange als möglich so selbständig wie möglich leben möchte, noch im Interesse der jüngeren Generation, welche den überbezahlten und überdimensionierten Bau zu berappen hat.

Und woher will die Sozialbehörde wissen, dass der Stadtrat sich "nach eingehender Prüfung" gegen eine private Finanzierung entschieden habe? Sie war beim entsprechenden Stadtratsbeschluss nicht dabei. Zudem erklärt der Stadtrat in der Abstimmungsbroschüre auf Seite 13 genau das Gegenteil: Er habe zwar alternative Finanzierungen prüfen wollen, diese Abklärungen jedoch aus Zeitgründen abgebrochen. Die Behauptung der Sozialbehörde ist also nachweislich falsch.

Auch zu den von der Sozialbehörde behaupteten "Erhebungen von verschiedenen Fachgruppen zur benötigten Anzahl Pflegeplätze", welche angeblich "im Vorfeld der Planung" erhoben worden seien, ist in den offiziellen Unterlagen nichts zu finden, und diese angeblich so gloriosen Erhebungen flossen auch nicht in die lange politische Diskussion ein. Wenn nun aber solch wichtige Informationen selbst den betreffenden Mitgliedern der entsprechenden Kommission des Gemeinderates erst mittels Leserbrief im Glattaler mitgeteilt werden, dann kann daran nicht viel Wahres sein.

Dübendorf kann es wahrlich mit einer Bananenrepublik aufnehmen. Anders kann man das Vorgehen, dem Stimmvolk zuerst ein überdimensioniertes und überteuertes Projekt vorzulegen und mit fragwürdigen Argumenten schmackhaft zu machen, dann die kritischen Stimmen zu unterdrücken und schliesslich durch gezielte behördliche Beeinflussung des Stimmvolks (mit fragwürdigen Informationen) das gewünschte Abstimmungsergebnis herbeizuführen, nicht interpretieren. Geben Sie Dübendorf eine Chance für ein neues, gutes Projekt – nämlich eines, das bedarfsgerechte Pflegeplätze und moderne Pflegelösungen ermöglicht, den künftigen Bewohnern des ASZ tatsächlich zugute kommt und die junge Generation nicht mit unnötig hohen Ausgaben belastet: Stimmen Sie Nein zum überdimensionierten und überteuerten Erweiterungsbau, wie ihn der Stadtrat dem Stimmvolk offensichtlich mit unlauteren Methoden unterjubeln will.

Angelika Murer Mikolasek, glp/GEU Dübendorf